



#InMagentaWeTrust – Jugend 4.0

Antrag.-Nr.: 37

Antragsteller: dbb jugend hessen

Betreff: Ballungsraumzulage

Antrag: Der Bundesjugendtag soll beschließen:
Die dbb Bundesjugendleitung möge sich dafür einsetzen, dass die aus beruflichen Gründen in Hochpreisregionen wohnhaften Angestellten und Beamten (auch Anwärter und Auszubildende) finanziell unterstützt werden.

Begründung: Preissteigerungen in bestimmten Regionen und Städten Deutschlands können sowohl beim Kauf von Immobilien als auch bei Mietwohnungen festgestellt werden. Besonders in Ballungsgebieten und Universitätsstädten ist ein immer größer werdender Nachfrageüberhang nach bezahlbarem Wohnraum erkennbar.

Der durchschnittliche Mietpreis in Deutschland lag im Jahr 2016 bei 6,90 €/qm. Insbesondere in Ballungszentren und Hochpreisregionen kann dieser jedoch deutlich höher angesiedelt sein. So lag der Mietspiegel in München bei 16,05 €/qm, in Frankfurt bei 13,14 €/qm. Die Suche nach angemessenem und bezahlbarem Wohnraum gestaltet sich für Beschäftigte im öffentlichen Dienst (vor allem bei Berufseinsteigern und Geringverdienern) schwierig. Ein finanzieller Ausgleich im Rahmen einer Förderung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist nicht vorgesehen, wohlwissend, dass ein großer Teil der betreffenden Personen aus beruflichen Gründen überhaupt in die Ballungsräume umziehen muss. Gerade für junge Beamtinnen/Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst sowie die Kollegen des einfachen und mittleren Dienstes ist die Frage der Finanzierung des Wohnraumes ein Problem, da diese mit einem verhältnismäßig niedrigen (Einstiegs-)Gehalt umgehen müssen.

Dem öffentlichen Dienst als Dienstherrn/Arbeitgeber muss klar sein, dass deutschlandweit ein äußerst heterogener Grundstücks- und Mietpreisspiegel existiert und Beschäftigte, welche dienstlich bedingt in Ballungsgebieten wohnen, hierdurch finanziell stark benachteiligt werden. Diese finanzielle Benachteiligung betrifft dabei nicht ausschließlich im Ballungsraum Lebende, sondern auch in diese pendelnde Kolleginnen und Kollegen. Durch teure Anfahrten mit dem PKW oder öffentlichen Verkehrsmitteln entstehen diesen Personen auch erhebliche Mehrkosten gegenüber außerhalb von Ballungsräumen Beschäftigten.

Daher muss zeitnah eine zielführende Antwort im Rahmen einer finanziellen Unterstützung oder durch Schaffung bezahlbaren Wohnraums durch die Regierung gefunden werden. Ziel muss die Entlastung von Beschäftigten sein,



#InMagentaWeTrust – Jugend 4.0

die aufgrund des örtlichen Einsatzes durch den Dienstherrn/Arbeitgeber den ballungsraumtypischen Mietmehrkosten ausgesetzt sind.

	Empfehlung der Antragskommission	Beschluss des Bundesjugendtages
Angenommen	X	X
Abgelehnt		
Arbeitsmaterial		